



Newsletter *Bildung, Kinder und Jugend*, Ausgabe 323, 29.01.2010

Aus der Bürgerschaft: Verbesserung der ErzieherInnenausbildung

Grüne: SchülerInnen demonstrierten für berechtigte Anliegen

***Kleine Anfrage der Grünen* zum Thema Kinderarmut in Bremen und Bremerhaven - Antwort des Senats liegt vor**

***Kleine Anfrage der Grünen* zum Thema Kostenloses Mittagessen für Kindergarten- und Hortkinder aus Familien mit geringem Einkommen - Antwort des Senats liegt vor**

Grüne in Bremerhaven: Schulentwicklungsplan - Konsens oder Nonsens?

Aus der Bürgerschaft: Verbesserung der ErzieherInnenausbildung

An die Kinderbetreuung werden mehr und mehr neue Anforderungen gestellt. Das liegt unter anderem daran, dass heute in den Kindertagesstätten ein großer Schwerpunkt auf Bildung gelegt wird, dass es mehr Kinder gibt, die einer Sprachförderung bedürfen und dass der familiäre Hintergrund der Kinder stärker in den Blickpunkt der Erziehungsarbeit gerät, die Fachkräfte also verstärkt mit den Eltern arbeiten müssen.

Um diesen Anforderungen begegnen zu können, muss auch die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher verändert werden. Ein Antrag der rot-grünen Koalition dazu stand gestern auf der Tagesordnung der Landtagssitzung. Darin wird der Senat aufgefordert, schon für das kommende Frühjahr ein Konzept zur Weiterentwicklung der ErzieherInnenausbildung vorzulegen.

Eine qualitative Weiterentwicklung der Ausbildung trägt neben einer besseren Betreuung und Bildung der Kinder auch zu einer Attraktivitätssteigerung des ErzieherInnenberufs bei. Eine begrüßenswerte finanzielle Aufwertung des Berufs hat durch

die letzten Tarifabschlüsse bereits stattgefunden. Daneben muss auch eine sozialversicherungspflichtige Arbeitszeitvergütung für die praktischen Anteile der Ausbildung erhalten bleiben, wie sie sich gegenwärtig in dem sogenannten Anerkennungs-jahr der Erzieherinnen und Erzieher darstellt.

Mustafa Öztürk, kinder- und jugendpolitischer Sprecher, machte aber auch klar, was nicht gewollt ist: „Der Erziehungsberuf ist ein von Frauen dominierter Beruf. Mehr als achtzig Prozent der Fachkräfte sind Frauen. Aus grüner Sicht muss der Fokus deshalb darauf gerichtet sein, dass nicht ein nach Geschlechtern aufgeteiltes Ausbildungssystem entsteht. Das duale System und das Schulberufssystem müssen sich angleichen. Es darf nicht dazu kommen, dass in der Neuausrichtung der ErzieherInnen-ausbildung kein arbeitsrechtlicher Schutz besteht, kein Mutterschutz besteht, keine Entlohnung der Ausbildung entsteht und keine Sozialversicherungsleistungen vorhanden sind.“

Öztürk freut sich besonders, dass die gesamte Opposition diesem Antrag zugestimmt hat. Dabei wurde von Rot-Grün die Anregung der CDU übernommen, dass den besonderen Anforderungen an Erzieherinnen und Erzieher, die sich aus der Betreuung für Kinder im Alter von unter 3 Jahren ergeben, verstärkt Rechnung getragen werden solle. Dies unterstützen wir als grüne Fraktion sehr.

Den Antrag finden Sie hier:

http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dokbin/318/318665.antrag_weiterentwicklung_der_fruehkindli.pdf

Grüne: SchülerInnen demonstrierten für berechtigte Anliegen

Zur gestrigen Demonstration von SchülerInnen gegen das Turbo-Abitur und für bessere Lernbedingungen erklärt die bildungspolitische Sprecherin Anja Stahmann: "Viele Schülerinnen und Schüler protestierten gestern für bessere Bildung. Dieses Engagement finden wir Grüne gut. Wir teilen die Kritik am Turboabitur. Um Jugendliche vom überbordenden Lernstress zu entlasten, bieten wir an den Oberschulen wieder das Abitur nach Klasse 13 flächendeckend an. Mit unserer Reform soll die bessere Förderung von Kindern und Jugendlichen Schule machen -- auch an den acht Gymnasien, die sich dafür jetzt auf den Weg machen müssen. Die Senkung von Klassenfrequenzen haben wir im neuen Schulstandortplan festgelegt. Ab nächstem Jahr werden im Schnitt rund 100 angehende Lehrkräfte zusätzlich eingestellt. Wir wollen die Schüler-Lehrer-Relation verbessern, indem wir trotz rückläufiger SchülerInnenzahlen frei werdende LehrerInnenstellen konsequent wieder besetzen."

Die Grünen erwarten, dass die demonstrierenden SchülerInnen nicht gemäßregelt werden. "Die jungen Menschen nehmen ein urdemokratisches Recht wahr. Sie zeigen entgegen aller Unkenrufe, dass sich Jugendliche für ihre Belange einsetzen. Sanktionen wären absolut übertrieben", betont Anja Stahmann.

***Kleine Anfrage der Grünen zum Thema
Kinderarmut in Bremen und Bremerhaven –
Antwort des Senats liegt vor***

Die grüne Fraktion hatte Ende November eine Kleine Anfrage an den Senat zum Thema Kinderarmut in Bremen und Bremerhaven gestellt. Um den Einfluss von Sozialleistungen wie Kindergeld, Kinderzuschuss und Sozialgeld auf die Vermeidung und Verringerung von Kinderarmut beurteilen zu können, ist es wichtig, Daten über den Anteil von Alleinerziehenden und Familien mit Kindern im Land Bremen zu erhalten, die an der Armutsgrenze leben oder bereits arm sind.

Mustafa Öztürk als kinder- und jugendpolitischer Sprecher der grünen Fraktion hierzu: "Es ist aus meiner Sicht bedauerlich, dass die Erhöhung von Kindergeld und Kinderfreibetrag zu einer Vergrößerung der Einkommensunterschiede für Familien mit Kindern führt. Unser Ziel ist es, dass sich die Einkommensunterschiede verkleinern, nicht vergrößern. Es ärgert mich, dass sich für BezieherInnen von Sozialleistungen mit Kind bzw. Kindern keine einkommenssteigernden Effekte ergeben, da der Erhöhungsbetrag in vollem Umfang auf die jeweiligen Sozialleistungen angerechnet wird. BesserverdienerInnen kommen am besten weg, Eltern mit durchschnittlichem Einkommen bekommen pro Kind 20 € mehr, BezieherInnen von Sozialleistungen gehen dagegen leer aus. Das ist der falsche Weg."

Die Kleine Anfrage und die Antwort des Senats darauf finden Sie hier:
http://www.buergerschaft-bremen.de/drs_abo/Drs-17-1127_f56.pdf

***Kleine Anfrage der Grünen zum Thema
Kostenloses Mittagessen für Kindergarten- und Hortkinder
aus Familien mit geringem Einkommen -
Antwort des Senats liegt vor***

Die grüne Fraktion hatte Ende November 2009 ebenfalls eine Kleine Anfrage an den Senat gerichtet, in welcher sie nähere Informationen über den aktuellen Stand beim Kostenlosen Mittagessen für Kindergarten- und Hortkinder aus Familien mit geringem Einkommen haben wollte. Die Antwort des Senats hierauf liegt nun vor.

Mustafa Öztürk als kinder- und jugendpolitischer Sprecher der grünen Fraktion hierzu: "Die Antwort gibt einen guten Überblick über die Mittagessensversorgung in den Einrichtungen für Kinder im letzten Kindergartenjahr. Es freut mich, dass schon viele Kinder dieses Angebot nutzen können, wenngleich es noch weitere Ausbaumöglichkeiten gibt." Auch zu den einzelnen Stadtteilen und Einrichtungen finden Sie in der Antwort eine dezidierte Auflistung der Anzahl der Plätze für die 3 bis unter 6-Jährigen Kinder und die Schulkinder.

Die Kleine Anfrage und die Antwort des Senats darauf finden Sie hier:
http://www.buergerschaft-bremen.de/drs_abo/Drs-17-541_S_305.pdf

Grüne in Bremerhaven: Schulentwicklungsplan - Konsens oder Nonsens?

Sülmez Dogan, schulpolitische Sprecherin der Grünen in Bremerhaven, über die Mitteilung der Koalition aus SPD und CDU zu den strittigen Punkten des Schulentwicklungsplans für Bremerhaven: „Nachdem wir nun Monate auf die Vorlage des im letzten Jahr angekündigten Schulentwicklungsplanes warten, sind wir natürlich sehr gespannt, welche schulpolitischen Vereinbarungen eigentlich zwischen den beiden Parteien getroffen wurden.“

Interessant ist bereits jetzt, dass - wie so oft in dieser Koalition - wichtige Entscheidungen in die nächste Wahlperiode verschoben werden. Das Lloyd-Gymnasium soll ausgeklammert bleiben und damit wird die in der Presse vollmundig angekündigte Chancengleichheit für alle Kinder erneut in Frage gestellt. "Wir sind davon überzeugt, dass auch das Gymnasium sich Reformprozessen anschließen muss. Unser schulpolitisches Ziel ist es, an möglichst allen Standorten, für möglichst viele Kinder und Jugendliche ein gymnasiales Bildungsangebot anzubieten," so Sülmez Dogan.

„Bemerkenswert in der Mitteilung von CDU und SPD ist auch, dass bereits im nächsten Schulausschuss ein Beschluss über diesen Schulentwicklungsplan gefasst werden soll. Das ist schon sonderbar, sieht doch das Schulgesetz einen klaren Mitbestimmungsprozess in einem solchen Verfahren vor. Stellungnahmen, z.B. des Zentral-Eltern-Beirates oder des Stadt-Schüler-Ringes, stehen aus und ich weiß nicht, wie bis zum März diese Diskussionen in diesen und anderen Gremien zum Abschluss gebracht werden könnten. Darüber hinaus hatte die Koalition einen Zeitplan für die Beratungsschritte des bisher ausstehenden Schulentwicklungsplans im letzten Jahr vorgelegt, der offensichtlich inzwischen auch schon wieder Makulatur ist,“ so abschließend Dogan.

AnsprechpartnerInnen für Nachfragen:



Anja Stahmann, bildungspolitische Sprecherin
anja.stahmann@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-234)



Mustafa Öztürk, kinder- und jugendpolitischer Sprecher
mustafa.oeztuerk@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-249)



Dr. Tobias Erzmänn, Referent für Bildung, Wissenschaft, Kinder und Jugend
tobias.erzmann@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-251)

Für Inhalte externer Links und Publikationen übernimmt die Bürgerschaftsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen keine Haftung.

www.gruene-fraktion-bremen.de